

HESSISCHER LANDTAG

28. 09. 2010

Zur Behandlung im Plenum vorgesehen

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend keine Kürzungen bei Sprach- und Integrationskursen für Menschen mit Migrationshintergrund

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Der Landtag stellt fest, dass der Erwerb der deutschen Sprache ein wichtiger Schlüssel zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist. Die bisher seitens der Bundesregierung geförderten Integrationskurse sind dafür hilfreiche Angebote.
- Der Landtag erkennt an, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund integrationswillig ist. Dies wird unter anderem durch das jährlich steigende freiwillige Interesse an der Teilnahme an diesen Integrationskursen, insbesondere den Sprachkursen, deutlich.
- 3. Der Landtag kritisiert, dass die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung folgende Bereiche besonders betreffen: Der allgemeine Kurszugang wird durch regionale Quotierung der Zulassung freiwilliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer erschwert werden und die Qualität der Sprachkurse wird durch Koppelung der Garantievergütung an höhere Teilnehmerzahlen und Kürzung des Zuschlags pro Unterrichtseinheit abnehmen. Die Wiederholungsmöglichkeit des Aufbausprachkurses soll wegfallen und der Zugang zu sämtlichen Teilzeitkursen unter 15 Unterrichtseinheiten sowie deren Fahrtkostenerstattung würden erschwert, bzw. komplett gestrichen.
- Der Landtag erwartet von der Landesregierung, sich bei der Bundesregierung gegen die Kürzungen bei der Finanzierung der Integrationskurse einzusetzen, deren Qualität zu optimieren und ihre Zahl zu erhöhen.

Begründung:

Bislang haben mehr als 600.000 Menschen an Integrations- und Sprachkursen teilgenommen, die Hälfte von ihnen aus Eigeninteresse und auf eigenen Wunsch. Schon heute wirken sich lange Wartezeiten, nicht ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und massive Einschränkungen in der Qualität der Kursangebote negativ aus.

Laut dem Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière, sind Integrationskurse "das wichtigste integrationspolitische Förderinstrument des Bundes." In seiner Rede zur Einbringung des Bundeshaushalts am 16. September 2010 stellt er richtigerweise fest: "Viele Migranten nehmen erfolgreich an den Kursen teil." Um dies auch weiterhin gewährleisten zu können, ist es unabdingbar, weiter den Kurs der Förderung einzuhalten, zu optimieren und auszubauen.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, fordert eine Aufstockung der Mittel um 15 Mio. \in .

In Hessen verkündete das Ministerium für Justiz und Integration, wesentlich am Koalitionsvertrag mitgewirkt zu haben. Nun sollte sich gerade das Land Hessen dafür einsetzen, dass vorhandene Integrationshürden abgebaut und eine vorbildliche Förderung gewährleistet wird. Dem stehen die Kürzungspläne der Bundesregierung deutlich entgegen.

Wiesbaden, 28. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende: Tarek Al-Wazir